S 91 KR 262/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sachgebiet Betriebsprüfungen

Abteilung 1

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren -

Leitsätze Ein Prokurist mit Sperrminorität in der

Gesellschafterversammlung ist nicht bereits deswegen selbständig, weil der Gesellschaftsvertrag die Ausübung der

Weisungsbefugnis der

Gesellschafterversammlung übertragen

hat.

Normenkette SGB IV § 7

GmbHG § 37

1. Instanz

Aktenzeichen S 91 KR 262/17 Datum 02.09.2019

2. Instanz

Aktenzeichen L 1 BA 86/19 Datum 20.06.2022

3. Instanz

Datum -

Auf die Berufung der Beklagten wird das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 2. September 2019 aufgehoben. Die Klage wird abgewiesen.

Â

Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.

Â

Die Revision wird zugelassen.

Â

Tatbestand

Â

Im Streit steht der versicherungsrechtliche Status des Kl \tilde{A} $^{\mu}$ gers im Rahmen seiner T \tilde{A} $^{\mu}$ t die Beigeladene zu 1) seit dem 11. April 2016.

Â

Der 1993 geborene KlĤger ist seit der am 21. August 2014 erfolgten Errichtung der Beigeladenen zu 1) deren Gesellschafter. An dem Kapital von 25.000,- â ¬ hält er einen Anteil von 6.250,- â ¬ (25 vom Hundert), weiterer Gesellschafter ist sein Vater, der einen Geschäftsanteil von 18.750,- â ¬ (75 vom Hundert) hält und zum alleinvertretungsberechtigten Geschäftsführer bestimmt wurde. Nach der ursprünglichen Fassung des Gesellschaftsvertrags wurden Gesellschafterbeschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, je ein Euro eines Geschäftsanteils gewährte eine Stimme.

Â

Am 17. Dezember 2015 wurde der Gesellschaftsvertrag dahingehend geändert, dass Gesellschafterbeschlýsse grundsätzlich einstimmig gefasst werden. Weiter wurde dem Kläger Einzelprokura zur Vertretung der Beigeladenen zu 1) erteilt, der Kläger und die Beigeladene zu 1) schlossen einen Prokuristen-Vertrag. In diesem Vertrag war u.a. vorgesehen, dass die Befugnis des Prokuristen alle MaÃ \Box nahmen umfasst, die der gewöhnliche Geschäftsbetrieb der Gesellschaft mit sich bringt. Für darüber hinaus-gehende MaÃ \Box nahmen wurde eine vorherige Zustimmung durch Gesellschafterbeschluss verabredet. $A\Box$ ber Ort und Inhalt seiner Tätigkeit sowie Dauer und Lage seiner Erholungszeiten sollte der Kläger selbst entscheiden. Für seine Tätigkeit wurde eine Vergütung von brutto 32.400,- $a\Box$ ¬ jährlich vereinbart, die in zwölf Monatsraten zu zahlen war. Für die Fälle der Krankheit, der unverschuldeten Dienstverhinderung und des Todes war eine Fortzahlung der Bezüge vorgesehen.

Â

Am 11. April 2016 Ĥnderten die Gesellschafter der Beigeladenen zu 1) den Gesellschaftsvertrag dahingehend, dass die Gesellschafterversammlung nur beschlussfĤhig sein sollte, wenn das gesamte Stammkapital vertreten war. Weiter wurden die Vorgaben für Gesellschafterbeschlüsse durch folgende Klausel ergänzt:

Â

Abschluss, Ã□nderung, Beendigung von Verträgen mit â□□ auch mittelbaren â□□ Gesellschaftern bzw. die Ausübung und Wahrnehmung daraus resultierender

Rechte und Pflichten, insbesondere etwaiger Weisungsrechte, obliegen der Gesellschafterversammlung; betroffene Gesellschafter bleiben stimmberechtigt. Die Personalaufsicht und Leitung ist insoweit von den Gesch \tilde{A} ^{μ}/ μ hrern auf die Gesellschafterversammlung \tilde{A} μ / μ 0 bertragen.

Â

Schlie̸lich wurde der Kläger von den Beschränkungen des <u>§ 181</u> Bürgerliches Gesetzbuch (BGB) befreit.

Â

Am 10. Mai 2016 stellte der Kläger einen Statusfeststellungsantrag mit dem Ziel festzustellen, dass er nicht abhängig beschäftigt sei und nicht der Sozialversicherungspflicht unterliege. Er verwies auf seine Vereinbarungen mit der Beigeladenen zu 1), nach denen er selbst über seine Tätigkeit in allen Belangen entscheide und eine Ã□nderung seiner Befugnisse bzw. weiterer vertraglicher Bestandteile ausschlieÃ□lich mit seiner Zustimmung möglich sei.

Â

Nach AnhA¶rung stellte die Beklagte mit Bescheid vom 12. August 2016 gegenüber dem Kläger und der Beigeladenen zu 1) fest, dass der Kläger seine TÃxtigkeit als mitarbeitender Gesellschafter (Prokurist) seit dem 11. April 2016 im Rahmen eines abhängigen Beschäftigungsverhältnisses ausübe und Versicherungspflicht in der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung bestehe. Für ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis spreche, dass ein gesonderter Prokuristen-Vertrag die Mitarbeit in der Gesellschaft regle, der arbeitsvertraglich typisch Regelungen über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts bei ArbeitsunfĤhigkeit und über eine Kündigung enthalte, dass für die Tätigkeit eine feste Vergütung in Höhe von 2.700,- â∏¬ im Monat gezahlt werde und der Kläger kraft seines Anteils am Stammkapital keinen maÃ∏gebenden Einfluss auf die Geschicke der Gesellschaft ausļben könne. Für eine selbständige TÃxtigkeit spreche dagegen, dass der KlÃxger mit 25 % am Stammkapital der Beigeladenen zu 1) beteiligt sei, er keine Weisungen von seinem Auftraggeber erhalte und aufgrund der vom Geschärftserfolg abhärngigen Tantiemenzahlung indirekt am Gewinn der Gesellschaft beteiligt sei. Die fÃ¹/₄r ein abhängiges BeschĤftigungsverhĤltnis sprechenden Merkmale überwögen. Als Minderheitsgesellschafter könne der Kläger keinen maÃ∏geblichen Einfluss auf die Beigeladene zu 1) nehmen. Bei mitarbeitenden Gesellschaftern ohne die Befugnisse eines GeschĤftsführers verneine das Bundessozialgericht (BSG) ein Beschäftigungsverhältnis regelmäÃ∏ig nur, wenn diese kraft ihres Anteils am Stammkapital ma̸gebenden Einfluss nehmen könnten. Der Kläger sei nicht selbst Gescharftsfa1/4hrer, sondern dem Direktionsrecht des Gescharftsfa1/4hrers der Beigeladenen zu 1) unterworfen. Nach au̸en hin stehe ausschlieÃ∏lich dem Geschäftsführer die Vertretung der Gesellschaft zu. Die Ã□bertragung von Personalaufsicht und -leitung auf die Gesellschafterversammlung sei unzulÄxssig und sozialversicherungsrechtlich nicht relevant. Zudem versto̸e die Regelung,

nach der der Kläger auch in eigenen Angelegenheiten stimmberechtigt in der Gesellschafterversammlung bleiben solle, gegen § 47 Abs. 4 des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG).

Â

Der Kläger erhob Widerspruch, mit dem er seinen maÃ∏geblichen Einfluss bei der Beigeladenen zu 1) geltend machte. Aus der Rechtsprechung des BSG ergebe sich nicht, dass ein nicht zum GeschĤftsfļhrer bestellter Gesellschafter nur dann nicht sozialversicherungspflichtig sei, wenn er über eine Anteilsmehrheit verfüge. Eine abhängige Beschäftigung scheitere vorliegend an § 8 Abs. 4 der Satzung der Beigeladenen zu 1). Das BSG gebe in seiner Rechtsprechung vor, dass der rechtlich ma̸gebliche Einfluss eines Gesellschafters auf die Willensbildung in der Gesellschaft ein BeschĤftigungsverhĤltnis ausschlieÄ∏e, wenn dieser Einfluss dazu führe, dass der Gesellschafter das Ergehen von Einzelweisungen an ihn jederzeit verhindern kA¶nne. Das sei dann nicht der Fall, wenn Gesellschafter als Angestellte dem Weisungsrecht des Geschäuftsfährers unterläugen, weil der Gesellschaftsvertrag dazu nichts anderes bestimme. Vorliegend habe der Gesellschaftsvertrag aber die Personalhoheit betreffend mitarbeitende Gesellschafter auf die Gesellschafterversammlung ýbertragen. Aus § 37 GmbHG ergebe sich die Zulässigkeit einer solchen Regelung. Auch im Ã∏brigen sei ein GeschĤftsfļhrer verpflichtet, Vorgaben der Gesellschafterversammlung einzuhalten.

Â

Die Beklagte wies den Widerspruch mit Widerspruchsbescheid vom 17. Januar 2017 zurück. Nach dem BSG (Hinweis auf Urt. v. 5. Februar 1998 â∏∏ B 11 AL 71/97 R) schlie̸e die Sperrminorität eines Minderheitsgesellschafters eine abhängige BeschÄxftigung nicht aus, wenn der Gesellschafter keine Geschäftsführerfunktion inne habe. Ã∏ber das Vorliegen einer abhängigen BeschÄxftigung sei auf der Grundlage einer GesamtabwÄxgung zu entscheiden; zu den insoweit maÄngeblichen tatsÄxchlichen VerhÄxltnissen gehĶre auch die den Beteiligten eingerÄxumte Rechtsmacht. Der Anstellungsvertrag kA¶nne dem KlĤger nicht mehr Kompetenzen vermitteln, als ihm nach dem Gesellschaftsvertrag zustĤnden. Eine Rechtsmachtverschiebung aufgrund von Stimmbindungsvereinbarungen habe das BSG in seinen Urteilen vom 11. November 2015 (B12 R 2/14 R, <u>B 12 KR 13/14 R</u> und <u>B 12 KR 10/14 R</u>) verneint. Das gelte erst recht für Prokuristen. Die Gesellschafter hÃxtten die Rechtsmacht, über die Gesellschafterversammlung jederzeit allgemeine oder für den Einzelfall geltende Weisungen zu erteilen. Weitgehende Gestaltungsfreiheiten hinsichtlich Arbeitszeit, Arbeitsort und Ausübung der Tätigkeit stünden einer Beurteilung als abhängige Beschäftigung nicht entgegen. Eine Arbeitsleistung bleibe fremdbestimmt, wenn sie sich in eine vorgegebene Ordnung des Betriebs eingliedere. Bei Diensten h\(\tilde{A}\)¶herer Art verfeinere sich die Weisungsgebundenheit zu einer funktionsgerecht dienenden Teilhabe am Arbeitsprozess. Angesichts der festen monatlichen Vergütung habe der Kläger auch kein für Selbständigkeit typisches unternehmerisches Risiko getragen.

Â

Mit der am 9. Februar 2017 bei dem Sozialgericht Berlin eingegangenen Klage begehrt der KlÄzger die Aufhebung der Bescheide der Beklagten und die Feststellung, dass er mit seiner TĤtigkeit fļr die Beigeladene zu 1) nicht der Versicherungspflicht unterliege. Abzustellen sei auf die bindenden Regelungen des Gesellschaftsvertrags sowie ergĤnzend auf den Dienstvertrag. Danach seien GesellschafterbeschlA¼sse ohne die Zustimmung des KlA¤gers ausgeschlossen. Die ihm zukommende SperrminoritÃxt stelle ein gewichtiges Indiz für eine selbständige Tätigkeit dar. Auch die weitreichende Vollmacht als Prokurist sowie die Befreiung von den BeschrĤnkungen des <u>ŧ 181 BGB</u> sprĤchen fļr SelbstĤndigkeit. Der Rechtsprechung des BSG kĶnne nicht entnommen werden, dass nur bei Mehrheitsgesellschaftern eine abhĤngige BeschĤftigung ausgeschlossen sei. MaÄgeblich sei nach dieser Rechtsprechung vielmehr, ob der betroffene Gesellschafter Einzelweisungen an sich jederzeit verhindern kĶnne. Das sei vorliegend der Fall, weil nach dem Gesellschaftsvertrag die Ausļbung von Weisungsrechten gegenļber mitarbeitenden Gesellschaftern der Gesellschafterversammlung obliege.

Â

Das Sozialgericht hat durch Urteil vom 2. September 2019 die angefochtenen Bescheide der Beklagten aufgehoben und festgestellt, dass der KlĤger seit dem 11. April 2016 nicht in einem BeschĤftigungsverhĤltnis stehe und nicht der Versicherungspflicht in der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung und nach dem Recht der Arbeitsfå¶rderung unterliege. Der Prokuristen-Vertrag des Klå¤gers mit dem GeschĤftsfļhrer der Beigeladenen zu 1) enthalte Merkmale sowohl fþr eine selbständige Tätigkeit als auch für eine abhängige Beschäftigung. Der Kläger sei aber selbständig tätig, weil er als Prokurist und Minderheitsgesellschafter die Rechtsmacht habe, durch Einfluss auf die Gesellschafterversammlung die Geschicke der Gesellschaft zu bestimmen. Im Gesellschaftsvertrag sei ihm eine umfassende SperrminoritÄxt eingerÄxumt worden. Dort sei festgelegt, dass die Gesellschafterversammlung beschlussfÄxhig sei, wenn das gesamte Stammkapital vertreten ist, BeschlA¼sse nur einstimmig gefasst werden kå¶nnten, und Gesellschafter in Bezug auf die mit ihnen abgeschlossenen VertrĤge, auch hinsichtlich der Ausļbung von Weisungsrechten, welche der Gesellschafterversammlung oblĤgen, stimmberechtigt blieben. Der KlÄzger besitze zudem eine umfassende Einzelprokura und sei von den BeschrÄmnkungen des § 181 BGB befreit. Es sei nicht denkbar, dass der GeschĤftsführer gegen den Willen des Klägers agieren könne. Eine Kündigung des Prokuristen-Vertrags sei nur im AuÃ∏enverhältnis wirksam, nicht auch im InnenverhÄxltnis, da insoweit eine einstimmige Entscheidung der Gesellschafterversammlung erforderlich wĤre. Die beiden Gesellschafter kĶnnten sich damit gegenseitig blockieren. Der KlĤger habe auf diese Weise die MĶglichkeit, seine Abbestellung als Prokurist abzuwenden. Die Abbedingung des grundsÄxtzlich in eigenen Angelegenheiten bestehenden Stimmverbots sei auch gesellschaftsrechtlich zulägssig. Zudem habe der Kläger glaubhaft geschildert, die Geschicke der Gesellschaft auf Augenhä¶he mit seinem

Vater zu lenken, selbst wenn er â\[\]nurâ\[\] Prokurist sei. Aufgrund des Gesellschaftsvertrags habe er die MA¶glichkeit, dem Geschäftsf¼hrer Weisungen zu erteilen bzw. ihm nicht genehme Entscheidungen zu verhindern. Auch sei die Ã\[\]bertragung der Entscheidungsbefugnisse auf die Gesellschafterversammlung gesellschaftsrechtlich zulässig, weil diese nicht den Kernbereich der eigenverantwortlichen Geschäftsf¼hrung beträfen. Ein Geschäftsf¼hrer sei ohnehin in allen Bereichen von der Gesellschafterversammlung weisungsabhängig.

Â

Gegen das ihr am 4. September 2019 zugestellte Urteil richtet sich die am 4. Oktober 2019 bei dem Landessozialgericht Berlin-Brandenburg eingegangene Berufung der Beklagten. Das Sozialgericht habe nicht beachtet, dass der KlĤger nicht zum GeschĤftsfļhrer der Beigeladenen zu 1) bestellt gewesen, sondern lediglich Minderheitsgesellschafter und Prokurist sei. Anders als sein Vater verfüge er nur über eine Verhinderungs-, aber nicht über eine Gestaltungsmacht. Nach der hĶchstrichterlichen Rechtsprechung (Hinweis auf BSG v. 5. Februar 1998 â∏ B 11 AL 71/92 R) habe ein nicht zum Gesellschafter einer GmbH bestellter Minderheitsgesellschafter trotz einer eingerĤumten SperrminoritÄxt keinen maÄngeblichen Einfluss auf die Geschicke der Gesellschaft. Ein mitarbeitender Gesellschafter habe trotz SperrminoritÄxt auch nicht die Rechtsmacht, seine Weisungsgebundenheit als Angestellter der Gesellschaft nach Belieben aufzuheben oder abzuschwÄxchen (Hinweis auf BSG v. 19. August 2015 â∏ B 12 KR 9/14 R). Als Prokurist verfüge der Kläger nicht über dieselben Gestaltungsrechte und â∏∏pflichten wie ein Geschäftsführer. Der GeschĤftsfļhrer sei Organ und Kopf der Gesellschaft, der Prokurist dagegen die Gesellschaft auch gegenļber dem Prokuristen. Seine Vertretungsbefugnis nach au̸en sei unbeschränkt. Auch wenn die Gesellschafterversammlung dem GeschĤftsfļhrer im InnenverhĤltnis Grenzen setzen dürfe, sei die vorliegend im Gesellschaftsvertrag getroffene Regelung unzulÄxssig. Teile der GeschĤftsfļhrungsaufgaben, weite Bereiche dessen, was als Compliance bezeichnet werde, dýrften nicht entzogen werden. Die Gesellschafterversammlung habe die AusA¼bung und Wahrnehmung von Rechten und Pflichten aus VertrĤgen mit auch mittelbaren Gesellschaftern, insbesondere etwaige Weisungsrechte, unzulÄxssig an sich gezogen. Zu Unrecht habe das Sozialgericht angenommen, dass die entsprechenden Regelungen im Gesellschaftsvertrag mit § 37 GmbH in Ã\|Dereinstimmung stÃ\|\frac{1}{4}nden. Es werde unzulÄxssig in den Bereich der unentziehbaren Verantwortlichkeiten des GeschĤftsfļhrers eingegriffen, weil dieser in der Lage sein müsse, Weisungen auch an Minderheitsgesellschafter und Prokuristen zu erteilen, ohne vorher die Zustimmung der Gesellschafterversammlung einzuholen. Auch sei der Umfang der dem Kläger erteilten Prokura auf den gewä¶hnlichen Geschägtsbetrieb beschrĤnkt.

Die Beklagte beantragt,

Â

das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 2. September 2019 aufzuheben und die Klage abzuweisen.

Â

Der KlĤger beantragt,

Â

die Berufung zurļckzuweisen.

Â

Er verteidigt das Urteil des Sozialgerichts. Zuzugeben sei der Beklagten zwar, dass die få¼r geschå¤ftsfå¼hrende Gesellschafter einer GmbH entwickelte Rechtsprechung des BSG nicht ohne weiteres auf Gesellschafter ohne GeschĤftsfļhrerstellung übertragen werden könne. Die Beklagte habe aber verkannt, dass nach der Rechtsprechung des BSG die Dienstaufsicht A¼ber Angestellte nur solange Sache der laufenden GeschAxftsfA¼hrung und nicht der Gesellschafterversammlung sei, wie der Gesellschaftsvertrag nicht andere Regelungen enthalte. Das Sozialgericht habe zutreffend festgestellt, dass seit dem 11. April 2016 die Ausübung etwaiger Weisungsrechte aus Verträgen mit Gesellschaftern der Gesellschafterversammlung übertragen worden sei. Die Personalaufsicht und â∏∏leitung sei deren Sache. Damit liege eine anderweitige Bestimmung im Gesellschaftsvertrag vor, der KlÄger unterliege nicht der Weisungsmacht des GeschÄxftsfļhrers. Auf dessen Befugnisse im Au̸enverhältnis komme es nicht an, da gegenüber den Gesellschaftern gerade dass die vorliegende BeschrĤnkung des GeschĤftsführers unzulĤssig sei, sei unsubstantiiert und unrichtig.

Â

Fýr die weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstands wird auf die Gerichtsakte und die Verwaltungsakte der Beklagten Bezug genommen, die vorgelegen haben und Gegenstand der mündlichen Verhandlung gewesen sind.

Â

Â

EntscheidungsgrÃ¹/₄nde

Die zulĤssige Berufung der Beklagten ist begründet. Das Sozialgericht hat zu Unrecht den Bescheid der Beklagten vom 12. August 2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 17. Januar 2017 aufgehoben und festgestellt, dass der KlĤger mit seiner Tätigkeit als Prokurist bei der Beigeladenen zu 1) seit dem 11. April 2016 nicht in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis gestanden und nicht der Versicherungspflicht in der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung sowie nach dem Recht der Arbeitsförderung unterlegen hat. Die Bescheide der Beklagten sind nicht rechtswidrig und verletzen den Kläger nicht in seinen Rechten.

Â

Rechtsgrundlage der angefochtenen Bescheide ist § 7a Viertes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IV). Danach hat die Beklagte im Anfrageverfahren über das Vorliegen einer Versicherungspflicht auslĶsenden BeschĤftigung zu entscheiden. Nach <u>§ 5 Abs. 1 Nr. 1</u> Sozialgesetzbuch Fünftes Buch (SGB V), <u>§ 20</u> Abs. 1 Nr. 1 Sozialgesetzbuch Elftes Buch (SGB XI), § 1 Nr. 1 Sozialgesetzbuch Sechstes Buch (SGB VI) und § 25 Abs. 1 Satz 1 Sozialgesetzbuch Drittes Buch (SGB III) unterliegen Personen, die gegen Arbeitsentgelt beschĤftigt sind, der Versicherungspflicht in der Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung sowie nach dem Recht der ArbeitsfĶrderung. Die fļr den Eintritt von Versicherungspflicht erforderliche BeschĤftigung wird in <u>§ 7 Abs. 1 SGB IV</u> definiert. BeschĤftigung ist die nichtselbstĤndige Arbeit, insbesondere in einem ArbeitsverhĤltnis. Anhaltspunkte für eine Beschäftigung sind nach § 7 Abs. 1 Satz 2 SGB IV eine TÃxtigkeit nach Weisungen und eine Eingliederung in die Arbeitsorganisation des Weisungsgebers. Abzugrenzen ist die eine Versicherungspflicht begrļndende abhängige Beschäftigung von einer selbständigen Tätigkeit. Nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG) liegt BeschĤftigung vor, wenn die TĤtigkeit in persĶnlicher AbhĤngigkeit erbracht wird. Dieses Merkmal ist bei einer BeschĤftigung in einem fremden Betrieb gegeben, wenn der BeschĤftigte in den Betrieb eingegliedert ist und mit seiner TÄxtigkeit einem Zeit, Dauer, Ort und Art der Ausfļhrung erfassenden Weisungsrecht unterliegt. Dabei kann sich die Weisungsgebundenheit insbesondere bei Diensten h

¶herer Art zu einer funktionsgerecht dienenden Teilhabe am Arbeitsprozess verfeinern. Dagegen ist eine selbständige Tätigkeit durch ein eigenes Unternehmerrisiko, das Vorhandensein einer eigenen BetriebsstÄxtte, die VerfļgungsmĶglichkeit ļber die eigene Arbeitskraft und die im Wesentlichen freie Gestaltung von TĤtigkeit und Arbeitszeit gekennzeichnet. Die Zuordnung einer TÄxtigkeit nach deren Gesamtbild zum rechtlichen Typus der Beschägftigung oder selbststägndigen Tägtigkeit setzt voraus, dass alle nach Lage des Einzelfalls als Indizien in Betracht kommenden Umstände festgestellt, in ihrer Tragweite zutreffend erkannt und gewichtet, in die Gesamtschau mit diesem Gewicht eingestellt und nachvollziehbar, das heiÃ⊓t den Gesetzen der Logik entsprechend und widerspruchsfrei gegeneinander abgewogen werden (BSG, Urteil vom 14. März 2018 â∏∏ B 12 KR 3/17 R â∏∏ Rn 12 mit weit. Nachweisen).

Bei der Statusbeurteilung ist regelmäÃ∏ig vom Inhalt der zwischen den Beteiligten getroffenen Vereinbarungen auszugehen, den die Verwaltung und die Gerichte konkret festzustellen haben. Liegen schriftliche Vereinbarungen vor, so ist neben deren Vereinbarkeit mit zwingendem Recht auch zu prüfen, ob mündliche oder konkludente ̸nderungen erfolgt sind. Diese sind ebenfalls nur maÃ∏gebend, soweit sie rechtlich zulĤssig sind. SchlieÃ∏lich ist auch die Ernsthaftigkeit der dokumentierten Vereinbarungen zu prüfen und auszuschlieÃ□en, dass es sich hierbei um einen blo̸en â∏Etikettenschwindelâ∏ handelt, der unter Umständen als Scheingeschämft im Sinne des ASA 117 BGB zur Nichtigkeit dieser Vereinbarungen und der Notwendigkeit führen kann, gegebenenfalls den Inhalt eines hierdurch verdeckten Rechtsgeschäafts festzustellen. Erst auf der Grundlage der so getroffenen Feststellungen über den (wahren) Inhalt der Vereinbarungen ist eine wertende Zuordnung des RechtsverhÄxltnisses zum Typus der BeschÄxftigung oder selbststÄxndigen TÄxtigkeit vorzunehmen und in einem weiteren Schritt zu prüfen, ob besondere Umstände vorliegen, die eine hiervon abweichende Beurteilung notwendig machen (BSG, a. a. O. Rn 13 mit weiteren Nachweisen).

Â

Der zwischen dem KlĤger und der Beigeladenen zu 1) am 17. Dezember 2015 geschlossene Prokuristen-Vertrag enthĤlt einige Regelungen, die für ein Beschäftigungsverhältnis typisch sind. Das betrifft etwa die in § 8 geregelte feste monatlich auszuzahlende Vergütung und die in § 9 geregelte Fortzahlung der Vergütung bei Dienstverhinderung und Tod. Allerdings enthält der Vertrag auch Regelungen, die auf eine Weisungsunabhängigkeit hindeuten. So sollte der Kläger nach § 1 seine Tätigkeiten eigenverantwortlich und selbständig wahrnehmen, nach §Â 5 selbst bestimmen, wann, wo und in welchem Umfang er für die Gesellschaft tätig wird. § 2 Abs. 2 schreibt indessen vor, dass der Prokurist für einige MaÃ□nahmen die Zustimmung durch Gesellschafterbeschluss benötigt. Eine ausdrückliche Festlegung des Status als Beschäftigter oder Selbständiger findet sich in dem Prokuristen-Vertrag nicht. Entsprechend lässt sich diesem Vertrag nicht eindeutig entnehmen, ob die Beteiligten eine selbständige Tätigkeit oder eine abhängige Beschäftigung gewollt haben.

Â

Entscheidend für den sozialversicherungsrechtlichen Status der Tätigkeit ist aber ohnehin nicht die zwischen den Beteiligten getroffene Vereinbarung. Auch eine von den Vertragsparteien ausdrücklich gewollte Selbständigkeit muss vor den tatsächlichen Verhältnissen bestehen können. Denn die Versicherungspflicht entsteht kraft Gesetzes und kann nicht Gegenstand einzelvertraglicher Vereinbarungen sein. Entscheidend für das Vorliegen einer abhängigen Beschäftigung ist deswegen die tatsächliche Ausgestaltung der Verhältnisse, welcher gegebenenfalls sogar stärkeres Gewicht als abweichenden vertraglichen Regelungen zukommen kann (Urteil des BSG vom 28. Mai 2008 â∏ B 12 KR 13/07 R â∏ juris Rn 17, Urteil vom 24. Januar 2007 â∏ B 12 KR 31/06 R â∏ juris Rn 17 vom Urteil vom 7. Juni 2019 â∏ B 12 R 6/18 â∏ juris Rn 23).

Â

Ungeachtet seiner Beteiligung am Gesellschaftskapital arbeitet der KlĤger als Prokurist für eine von ihm zu unterscheidende juristische Person, nämlich die Beigeladene zu 1). Die TÄxtigkeit fļr einen anderen wird im Rahmen einer abhängigen Beschäftigung ausgeübt, wenn Weisungsgebundenheit gegenüber dem Dienstberechtigten und/oder Eingliederung in einen Betrieb gegeben ist. Dabei ist das Merkmal einer im Dienstvertrag â∏ ausdrücklich oder konkludent â∏ vereinbarten Weisungsgebundenheit keine unabdingbar festzustellende zwingende Voraussetzung, zumal die Weisungsgebundenheit bei höheren Diensten ohnehin zu einer funktionsgerechten dienenden Teilnahme am Arbeitsprozess ausgeformt sein kann. Bei hallherwertigen Täxtigkeiten, die ihrer Natur nach durch eine selbstĤndige Arbeitsweise bestimmt sind, ist ma̸gebliches Merkmal für die Annahme eines Beschäftigungsverhältnisses die Eingliederung in den Betrieb, die Frage also, ob die TÄxtigkeit ihr GeprÄxge von der Ordnung des Betriebes erhAxIt, fA1/4r den sie verrichtet wird (BSG v. 4. Juni 2019 â∏ B 12 R 2/18 R â∏∏ juris Rn 24). Demnach ergibt sich noch nichts Entscheidendes für den Status des Klägers daraus, dass er als Prokurist weitgehend selbständig und damit weisungsunabhAxngig arbeitet und ihm im Prokuristen-Vertrag fA¼r die kaufmĤnnische Abteilung der Beigeladenen zu 1) eine Vorgesetztenfunktion zugewiesen wird.

Â

Der KlÄger verweist få¼r seinen Rechtsstandpunkt insbesondere auf die GrundsÃxtze des BSG zur Abgrenzung der selbstÃxndigen TÃxtigkeit bei den GeschĤftsfļhrern einer GmbH. Danach gilt im Allgemeinen, dass ein GmbH-GeschĤftsfļhrer nicht in einem abhĤngigen BeschĤftigungsverhĤltnis steht, wenn er mindestens über die HÃxlfte des Stammkapitals verfügt und damit einen ma̸geblichen Einfluss auf die Entscheidungen der Gesellschaft besitzt (Urteile des BSG vom 11. November 2015 â∏ B 12 KR 10/14 R â∏ juris RdNr. 23 und vom 4. Juli 2007 â∏ B 11a AL 5/06 R â∏ juris Rdnr. 16; zuletzt Urteil vom 1. Januar 2022 â∏∏ B 12 KR 37/19 R juris Rn. 13). Verfügt der Gesellschafter-GeschĤftsfļhrer dagegen ļber weniger als 50 v. H. des Stammkapitals, stellt dieser Umstand in der Regel ein Indiz dafļr dar, dass er abhĤngig beschĤftigt ist. Dieses Indiz kann zwar durch besondere UmstĤnde entkrĤftet werden, so dass auch bei einem unter 50 v. H. liegenden Anteil SelbststĤndigkeit mĶglich ist. Allerdings wird der mitarbeitende Gesellschafter bei diesem Kapitalanteil in der Regel an Entscheidungen der Gesellschafterversammlung, die er nicht endgļltig beeinflussen kann und durch die ihm Weisungen erteilt werden kA¶nnen, gebunden sein, so dass von einem abhĤngigen BeschĤftigungsverhĤltnis auszugehen ist. In diesem Zusammenhang ist nicht maÄ∏gebend, ob dem GeschĤftsfļhrer tatsÄxchlich Weisungen von der Gesellschafterversammlung erteilt worden sind. Entscheidend ist, ob der Gesellschafter-GeschĤftsfļhrer die Rechtsmacht hatte zu verhindern, dass ihm Weisungen erteilt werden (Urteile des BSG vom 11. November 2015 $\hat{a} \square \square B$ 12 KR 2/14 R und B 12 KR 10/14 R zitiert nach juris).

Der Senat weist dazu darauf hin, dass diese Rechtsprechung vorliegend bereits deswegen nicht unbesehen zur Anwendung kommen kann, weil der KlĤger nicht GeschĤftsfļhrer der Beigeladenen zu 1) ist, sondern deren Prokurist und Minderheitsgesellschafter. Für mitarbeitende Gesellschafter hat das BSG entschieden (Urteile vom 23. Juni 1994 â∏∏ 12 RK 72/92 â∏∏ juris Rn 13 und vom 5. Februar 1998 â∏∏ B 11 AL 71/97 R â∏∏ juris Rn 21), dass sie ungeachtet ihrer Gesellschafterrechte grundsÄxtzlich als weisungsgebunden anzusehen sind, weil die Ausübung von Weisungen regelmäÃ∏ig Sache der laufenden GeschAxftsfA¼hrung ist, welche dem GeschAxftsfA¼hrer und nicht der Gesellschafterversammlung zugewiesen ist. Etwas anderes gilt nach dem BSG für Mehrheitsgesellschafter, soweit sie aufgrund ihrer gesellschaftsrechtlichen Position auch die Leitungsmacht gegenļber dem GeschĤftsführer haben und damit nicht dessen Weisungsmacht unterliegen (BSG v. 25. Januar 2006 â∏∏ B 12 KR 30/04 R juris Rn 23). In der Literatur wird f $\tilde{A}^{1/4}$ r die Anerkennung der Selbständigkeit des Gesellschafters einer GmbH, der nicht Geschäftsführer ist. gefordert, dass er die Rechtsmacht besitzen müsse, den Geschäftsführer gegen dessen Willen abzuberufen (Schlegel, NZA 2021, S. 314). Diese Voraussetzungen erfå¼llt der Klå¤ger nicht. Er ist nicht Mehrheitsgesellschafter und kann auch keine Leitungsmacht gegenüber dem Geschäftsführer ausüben. Nach der Ã⊓nderung des Gesellschaftsvertrags der Beigeladenen zu 1) vom 17. Dezember 2015 besteht zwar für alle Gesellschafterbeschlüsse grundsätzlich das Erfordernis der Einstimmigkeit; nach der Ã∏nderung vom 11. April 2016 ist BeschlussfĤhigkeit nur gegeben, wenn in der Gesellschafterversammlung das gesamte Stammkapital vertreten ist. Der KlĤger mag damit zwar eine SperrminoritÄxt in der Gesellschafterversammlung haben. Damit hat er aber noch keine Leitungsmacht über seinen Vater, der Mehrheitsgesellschafter und GeschĤftsfļhrer der Beigeladenen zu 1) ist. Gegen dessen Willen kann er keine Beschlļsse der Gesellschafterversammlung herbeiführen. Für die Abberufung des Geschäftsführers und damit die Durchsetzung einer Leitungsmacht des Klägers wäre nach <u>å§ 46 Abs. 1 Nr. 5</u> GmbHG aber ein entsprechender Beschluss der Gesellschafter erforderlich.

Â

Etwas anderes ergibt sich auch nicht aus der weiteren Ä\(\)nderung des Gesellschaftsvertrags der Beigeladenen zu 1) vom 11. April 2016. Durch die Hinzuf\(\text{A}\)\(\text{y}\)ung von \(\text{A}\)\(\text{8}\) Absatz 4 sind Personalaufsicht und Leitung, insbesondere die Aus\(\text{A}\)\(\text{y}\)bung etwaiger Weisungsrechte \(\text{A}\)\(\text{y}\)ber mitarbeitende Gesellschafter, von dem Gesch\(\text{A}\)\(\text{p}\) frage worden. Zwar hat das BSG zur Begr\(\text{A}\)\(\text{y}\) ndung seines Rechtsstandpunkts, wonach mitarbeitende Gesellschafter, die nicht gleichzeitig auch Gesch\(\text{A}\)\(\text{g}\) frage in, nur als Mehrheitsgesellschafter selbst\(\text{A}\)\(\text{n}\) nnen, darauf hingewiesen, dass nach dem GmbHG vorbehaltlich einer anderen Regelung im Gesellschaftsvertrag die Aus\(\text{A}\)\(\text{y}\) bung der Weisungsrechte \(\text{A}\)\(\text{4}\) ber die Besch\(\text{A}\)\(\text{f}\) filgten Sache des Gesch\(\text{A}\)\(\text{g}\) fress sei (Urteile vom 23. Juni 1994\(\text{a}\)\(\text{D}\) 12 RK 72/92\(\text{a}\)\(\text{D}\)\(\text{D}\) juris Rn 13, vom 5. Februar 1998\(\text{a}\)\(\text{D}\)\(\text{D}\)\(\text{D}\)\(\text{D}\)\(\text{R}\)\(\text{D}\)\(\t

die Gesellschafterversammlung, in der dem mitarbeitenden Gesellschafter eine SperrminoritĤt eingerĤumt worden ist, ausreicht, um die Annahme einer selbstĤndigen TĤtigkeit zu tragen.

Â

Der Senat erinnert daran, dass für die Annahme einer abhängigen BeschÄxftigung die ausdrļckliche vertragliche Vereinbarung eines Weisungsrechts nicht notwendige Voraussetzung ist, sondern eine tatsÄxchliche Eingliederung in den Betrieb, die Unterwerfung unter die von fremder Hand vorgegebene Ordnung ausreicht (vgl. BSG v. 4. Juni 2019 â∏ B 12 R 2/18 R â∏∏ juris Rn 24). Weiter ist darauf hinzuweisen, dass die Anerkennung der SelbstĤndigkeit mitarbeitender Gesellschafter nur dann gerechtfertigt ist, wenn sie in der GmbH über Einfluss- und Mitbestimmungsmöglichkeiten verfügen, die mit denen eines SelbstĤndigen im eigenen Unternehmen vergleichbar sind (BSG v. 1. Februar 2022 â∏∏ B 12 KR 37/19 R â∏∏ juris Rn 14). Der Senat kann demnach ausdrýcklich offenlassen, ob § 8 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrags der Beigeladenen zu 1) eine gesellschaftsrechtlich zulässige Gestaltungsmäglichkeit darstellt oder gegen zwingende Vorgaben des GmbHG verstöÃ∏t. Selbst bei Unterstellung der Wirksamkeit dieser Klausel verfå¼gte der Klåger nicht å¼ber GestaltungsmĶglichkeiten bei der Beigeladenen zu 1), die denen eines SelbstĤndigen im eigenen Unternehmen vergleichbar wĤren.

Â

Denn § 8 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrags und die vereinbarte SperrminoritÃxt lassen die Leitungsmacht des GeschĤftsfýhrers der Beigeladenen zu 1) unangetastet. Zutreffend weist die Beklagte darauf hin, dass der KlÄger auch nach den ̸nderungen des Gesellschaftsvertrags vom 11. April 2016 nicht in der Lage ist, gleichberechtigt mit seinem Vater Einfluss auf die Geschicke der Gesellschaft zu nehmen. Der Einfluss des Mehrheitsgesellschafters und bestellten AlleingeschĤftsfļhrers bleibt vorrangig. Der Gesellschaftsvertrag entzieht ihm lediglich die Ausļbung eines Weisungsrechtes über den Kläger. Ansonsten sind seine Handlungsbefugnisse weiter unbegrenzt und insbesondere nach dem Gesellschaftsvertrag regelmäÃ∏ig nicht von einer Zustimmung der Gesellschafterversammlung abhā¤ngig. Zwar hat ein Geschā¤ftsfā¼hrer nach â§ 37 Abs. 1 GmbHG die Grenzen einzuhalten, die ihm durch BeschlA¹/₄sse der Gesellschafterversammlung gesetzt werden. Ohne den Willen des Geschäuftsfä¼hrers kä¶nnen aber in der Gesellschafterversammlung der Beigeladenen zu 1) keine BeschlA¼sse zustande kommen. Die SperrminoritAxt des KlĤgers lĤuft damit, was die Bedingungen und die Ausgestaltung seiner Tätigkeit als Prokurist angeht, weitgehend ins Leere. Die Geschäftspolitik kann ihm durch den GeschĤftsfļhrer vorgegeben werden. Seine Situation ist mit der eines Dienstverpflichteten vergleichbar, in dessen Dienstvertrag die Ausļbung eines Weisungsrechts durch den Dienstberechtigten ausdrļcklich ausgeschlossen wird. Das reicht für die Annahme einer selbständigen Tätigkeit nicht aus. Der KlĤger ist als abhĤngig BeschĤftigter anzusehen, weil er nicht die Rechtsmacht hat zu verhindern, dass der GeschĤftsfļhrer der Beigeladenen zu 1) ihm die

maà gebenden Bedingungen fà ¼r die Erbringung seiner Arbeitsleistung vorgibt. Insoweit ist ein Fall der Eingliederung in einen fremden Betrieb gegeben.

Â

Zutreffend hat die Beklagte dann die Versicherungspflicht des Klägers in der Krankenâ∏, Pflege- und Rentenversicherung festgestellt. Besondere Umstände, welche auf Versicherungsfreiheit hindeuten wÃ⅓rden, sind nicht erkennbar und auch nicht geltend gemacht. Damit besteht kein Anspruch auf die begehrte Feststellung eines anderslautenden Ergebnisses.

Â

Die Kostenentscheidung ergeht nach <u>§ 193 SGG</u>.

Â

Der Senat hat die Revision nach <u>§ 160 Abs. 2 Nr. 1 SGG</u> zugelassen, weil er der Frage grundsĤtzliche Bedeutung beimisst, ob die Ã∏bertragung der Personalhoheit an die Gesellschafterversammlung unter EinrĤumung einer SperrminoritĤt ausreicht, um den mitarbeitenden Gesellschafter einer GmbH als selbstĤndig ansehen zu können.

Â

Â

Erstellt am: 02.09.2022

Zuletzt verändert am: 22.12.2024